

Deutsche Gesellschaft für Public Health e.V. ◦ c/o PD Dr. Dr. Burkhard Gusy ◦
Freie Universität Berlin (FB Erwiss. & Psych.) ◦ Habelschwerdter Allee 45 ◦
14195 Berlin

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleich-
stellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Deutsche Gesellschaft für Public Health e.V.
Geschäftsstelle

c/o PD Dr. Dr. Burkhard Gusy
Freie Universität Berlin (FB Erwiss. & Psych.)
Habelschwerdter Allee 45
14195 Berlin
Deutschland
E- Mail: geschaeftsstelle@dgph.info
Webseite: www.dgph.info

Berlin, den 09.09.2021

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Public Health zu dem Antrag der Fraktion der CDU im Thüringer Landtag „Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken – Lehren aus der Coronakrise ernstnehmen“ (Drucksache 7/1193)

Sehr geehrte Frau Ministerialrätin Baierl,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, eine schriftliche Stellungnahme abgeben zu können.

Die Deutsche Gesellschaft für Public Health ist ein interdisziplinärer und multiprofessionaler Zusammenschluss von Personen, Institutionen, Organisationen und Fachgesellschaften mit Zuständigkeit und Verantwortung für Lehre, Forschung und Praxis im Bereich von Public Health. Unser Engagement dient der Wissenschaft und Praxis zur Verhinderung von Krankheiten, zur Verlängerung des Lebens und zur Förderung von physischer und psychischer Gesundheit unter Berücksichtigung einer gerechten Verteilung und effizienten Nutzung der vorhandenen Ressourcen.

Wir möchten vor allem zu dem Punkt II/3 Stellung nehmen - der Erarbeitung eines zeitgemäßen Gesetzes zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die zurzeit geltende Verordnung über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Aufgaben der Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten vom 8. August 1990 (GBl. I Nr. 53 S. 1068) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 beschreibt die Aufgaben eher oberflächlich. Basis unserer Stellungnahme ist daher das 2018 von der Gesundheitsminister:innenkonferenz verabschiedete Leitbild für einen modernen ÖGD (Länderoffene Projektgruppe „Leitbild ÖGD“ (2018)). Unserer Auffassung nach muss der ÖGD zur Gewährleistung seiner primären Aufgabe, der Sorge für die Gesundheit aller, vor allem in seiner steuernden und integrierenden Rolle auf Landes und kommunaler Ebene inhaltlich wie finanziell und personell gestärkt und insgesamt modernisiert werden.

Zur Stärkung und zeitgemäßen Ausgestaltung des ÖGDs möchten wir fünf Punkte in den Fokus rücken (vgl. Starke und Arnold, in Druck):

- 1. Kommunale Steuerung und Koordination stärken und Public Health Kompetenz ausbauen:** Die Wahrnehmung der (kommunalen) Steuerung und Koordination durch den ÖGD darf nicht nur dann gefragt sein, wenn es um das Krisenmanagement geht. Der ÖGD hat u.a. im Rahmen der Pandemie bewiesen, dass er unter schwierigsten Bedingungen in der Lage ist, steuernd und koordinierend tätig zu werden. Durch seine Niedrigschwelligkeit und Verortung in allen Kreisen und kreisfreien Städten

(und auf Landesebene, verortet im Landesamt für Verbraucherschutz), seiner Aufgabenvielfalt sowie der bereits vorhandenen Vernetzung innerhalb der Kommune, eignet sich der ÖGD in gesundheitlichen Fragen theoretisch hervorragend für diese Aufgabe (Szagun et al. 2016). Um diese jedoch wirkungsvoll ausüben und neben bereits vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten (Stellungnahmeverfahren) auch Instrumente wie die Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsfolgenabschätzung routinemäßig und effizient einsetzen zu können, ist eine Integration von Public Health Kompetenzen in den ÖGD unbedingt angezeigt (Arnold und Starke, in Druck). Dies sollte mit einer Förderung von interdisziplinären und multiprofessionellen Teams, sowie gemeinsamer Fort- und Weiterbildung dieser, im ÖGD umgesetzt werden. Das Anforderungsprofil im Bereich der kommunalen Steuerung und Koordination bewegt sich im Spannungsfeld von Wissenschaft (vor allem Public Health, Epidemiologie, Medizin, Sozialwissenschaften), Politik, Medien und Öffentlichkeit. Bestenfalls fungiert der ÖGD dabei auch als Mittler zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen, politisch Handelnden und Bürgerinnen und Bürgern.

2. **Gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen begegnen:** Globalisierung, Klimakrise, Migration und soziale Ungleichheit sind nur einige der Herausforderungen, die wechselseitig miteinander zusammenhängen und eine direkte Auswirkung auf die Gesundheit haben. Gesundheit ist keine Privatsache und allein durch das individuelle Verhalten und die medizinischen Versorgungsmöglichkeiten bedingt. Vielmehr sind grundlegende Bedingungen und Ressourcen für Gesundheit sicherzustellen (Frieden, Schutz/Zuflucht, Bildung, Nahrung, Einkommen, ein stabiles Ökosystem, nachhaltige Ressourcen, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit) (WHO 1986). Es geht darum Probleme nicht nur singular aus einer engen Gesundheitsperspektive heraus anzugehen, sondern in dem gesellschaftlichen Kontext in dem sie entstehen (Wieda et al. 2020). Vor diesem Hintergrund empfehlen wir dringend im Rahmen der Stärkung des ÖGDs den Health-in-All-Policies Ansatz auf kommunaler und auf Landesebene zu implementieren (Arnold et al. 2020; Geene et al. 2020). Hier ist die Vernetzung interner und externer Stakeholder auf allen Ebenen und die Schaffung ressortübergreifender Gremien und Berichterstattungen für eine evidenzinformierte Planung und Koordination essentiell. Empfehlenswert ist die verpflichtende und finanziell abgesicherte Einführung von Gesundheitskonferenzen auf Landes- und kommunaler Ebene, ausgestattet mit einem entsprechenden (politischen) Mandat.
3. **ÖGD-Verständnis erweitern:** Selbst wenn aktuell - lagebedingt – die SARS-CoV-2-Pandemie im Fokus steht: Der ÖGD darf keinesfalls - weder von innen noch von außen - ausschließlich als Infektionsschutz-Experte angesehen werden. Er hat vielfältigste Aufgaben (Verweis: Leitbild für einen modernen ÖGD), die eine hohe fachliche Kompetenz verlangen und für deren Gewährleistung entsprechende Strukturen und Ressourcen benötigt werden. So ließen sich durch die Bündelung von Aufgaben in einigen wenigen Ämtern, andernorts Kapazitäten freisetzen, die sich vertiefend komplexeren Managementaufgaben widmen können (siehe Bildung von landkreisübergreifenden Schwerpunktämtern in Baden-Württemberg). Eine ähnliche Bündelung relevanter Fachexpertise ließe sich auch in Form von interkommunaler Zusammenarbeit beispielsweise bei der Gesundheitsberichterstattung und -planung realisieren.
4. **Digitalisierung stärken:** Die Forderung, den ÖGD über das Krisenmanagement und den Infektionsschutz hinaus wahrzunehmen, bezieht sich auch auf die Digitalisierung. Dies muss alle Arbeitsbereiche einbeziehen und Möglichkeiten des Austauschs und gemeinsame Plattformen der Gesundheitsämter schaffen. Dies gilt sowohl für die ÖGD-internen und originären Aufgabenbereiche des ÖGD (Bsp. im Rahmen von

Austauschmöglichkeiten im KJDG oder auch der GBE) sowie die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit angrenzenden Fachbereichen (Bsp. Umwelt und Soziales). Dabei muss die Wahrung des Datenschutzes und der Privatsphäre gewährleistet werden. Die vorgesehene zukunftsfähige digitale Ausstattung sollte neben dem Meldewesen nach dem Infektionsschutzgesetz auch eine zeitgemäße Gesundheitsberichterstattung und Planungsfunktionen unterstützen. Begleitend sollte die dafür nötige fachlich-wissenschaftliche Kompetenzentwicklung unterstützt werden. Die Einführung einer einheitlichen Datenbank für den ÖGD ist hierfür eine wichtige Grundlage (Zukunftsforum Public Health (2020)).

5. **Gesundheitliche Chancengleichheit verbessern:** Die sozialkompensatorische Funktion des ÖGD, das heißt sein konsequenter Einsatz für faire Gesundheitschancen für alle, muss in allen Aufgabenbereichen führendes Handlungsprinzip sein, vom Ausbruchmanagement im Sinne von pandemic preparedness, in welchem dieser Ansatz bisher gänzlich fehlt und derzeit Gegenstand eines Forschungsprojektes (Hoebel et al.) ist, bis hin zur Mund- und Zahngesundheit aller, von Kindern und Jugendlichen (zm-online 2018) und Menschen in Pflegeheimen (Krömer 2018). Dass Gesundheit ungleich verteilt ist und häufig einem sozialen Gradienten unterliegt, ist für viele Erkrankungen, aber auch Risiko- und Schutzfaktoren, belegt und hat sich zuletzt auch im Rahmen der Corona-Pandemie gezeigt. Gleichzeitig ist zur Vermeidung einer Stigmatisierung sogenannter "vulnerabler" Gruppen der von Michael Marmot vorgeschlagene Ansatz des "proportionate universalism" zu verfolgen. Gemeint ist hier die allgemeine Bereitstellung von öffentlichen Angeboten, z. B. im Bereich der Gesundheitsförderung, jedoch proportional zu den Bedürfnissen, um damit auch einen Beitrag zur Stärkung der gesundheitlichen Chancengleichheit zu leisten (Carey et al. 2015).

Zur Stärkung des ÖGDs raten wir insgesamt, die multidisziplinäre wissenschaftliche Infrastruktur für die (angewandte) ÖGD- und Public Health-Forschung zu schaffen, um den Wissenstransfer zwischen Praxis und Wissenschaft in beide Richtungen sicherzustellen.

Literatur

Arnold L, Starke D (under review): Evidenzinformiertes Planen für Gesundheit. Koordination und Steuerung im Gesundheitswesen. In: Robert Bosch Stiftung GmbH (Hg.): Reformwerkstatt NEUSTART! Ergebnisse, Impulse, Perspektiven. Kooperative Publikation mit der Robert Bosch Stiftung.

Arnold L, Drees S, Geffert K et al. (2020): HiAP nach COVID-19: Eine Zukunftsperspektive des Nachwuchsnetzwerk Öffentliche Gesundheit. In: *Public Health Forum* 28 (3), S. 223–225. DOI: 10.1515/pubhef-2020-0033.

Carey G, Crammond B, Leeuw E de (2015): Towards health equity: a framework for the application of proportionate universalism. In: *International Journal for Equity in Health* 14, S. 81. DOI: 10.1186/s12939-015-0207-6.

Geene R, Gerhardus A, Grossmann B et al. (2020): Health in All Policies – Entwicklungen, Schwerpunkte und Umsetzungsstrategien für Deutschland. Ausgearbeitet in einer AG des Zukunftsforums Public Health in Kooperation mit der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung und Gesundheit Berlin-Brandenburg, 2020. Online verfügbar unter <https://zukunftsforum-public-health.de/health-in-all-policies/>, zuletzt geprüft August 2021.

Hoebel J, Pfortner T K, Wahrendorf M: DFG - GEPRIS - Sozioökonomische Ungleichheit in der Gesundheit während der COVID-19 Pandemie (INHECOV): Empirische Analysen und

Implikationen für die Pandemieplanung. Hg. v. Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Online verfügbar unter <https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/458531028?context=projekt&task=showDetail&id=458531028&>, zuletzt geprüft August 2021.

Krömer T (2018): Verbesserung der Mundhygiene pflegebedürftiger Menschen durch Schulungen des Pflegepersonals im Kreis Ostholstein – Ergebnisse einer Interventionsstudie. In: *Gesundheitswesen* 80 (8), S. 389.

Länderoffene Projektgruppe „Leitbild ÖGD“ (2018). Konsens der länderoffenen Arbeitsgruppe zu einem Leitbild für einen modernen Öffentlichen Gesundheitsdienst. In: *Das Gesundheitswesen* 80. S. 679–681.

Starke D, Arnold L. (in Druck): Der ÖGD im 21. Jahrhundert. Chancen und Herausforderungen. In: Repschläger, Uwe, Schulte, Claudia und Osterkamp, Nicole (Hrsg.) (2021). *Gesundheitswesen aktuell 2021. Beiträge und Analysen.* Bifg BARMER Institut für Gesundheitssystemforschung, Wuppertal.

Szagan B, Kuhn J, Starke D (2016): Kommunale Gesundheitsförderungspolitik und das Präventionsgesetz. In: *Präv Gesundheitsf* 11 (4), S. 265–270. DOI: 10.1007/s11553-016-0563-0.

Wieda C, Grohs S, Beinborn N (2020). *Kommunale Prävention für Kinder und Familien. Erfahrungen aus Europa.* Schriftenreihe Materialien zur Prävention. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

WHO (1986): Ottawa-Charter for Health Promotion. In: WHO (Hg.). *First international Conference on Health Promotion.* Ottawa, 21.11.1986: World Health Organization.

zm-online (2018): Bessere Zahngesundheit quer durch die Gesellschaft. Online verfügbar unter <https://www.zm-online.de/markt/news/detail/bessere-zahngesundheit-quer-durch-die-gesellschaft/>, zuletzt geprüft August 2021.

Zukunftsforum Public Health (2020). *Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Empfehlungen für Umsetzung und Ausgestaltung.* Berlin: Zukunftsforum Public Health. Online verfügbar unter <https://zukunftsforum-public-health.de/stellungnahme-pakt-oegd/>, zuletzt geprüft August 2021.